

Titel der Drucksache:

**Dringliche Informationsaufforderung -
Beförderungsausschluss von Elektromobilen**

Drucksache

2876/15

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Bau- und Verkehrsausschuss	07.01.2016	öffentlich

Informationsaufforderung

Sachverhalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit einer Entscheidung des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichtes vom 11.12.2015 wurde festgestellt, dass der pauschale Beförderungsausschluss von Elektromobilen (sog. Scooter) in Bussen und Straßenbahnen zu einer unzulässigen Benachteiligung von Menschen mit Behinderung führt, da gegen den Allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen werde.

Ich bitte um Informationen zur Umsetzung des Urteils durch die EVAG. Welches Ergebnis liegt nach den Gesprächen mit der EVAG vor?

Anlagenverzeichnis

Stellungnahme des Beteiligungsmanagements

18.12.2015, gez. Michelfeit-Ulrich

Datum, Unterschrift